

6. Juli 1945*5. Juli 1945, nachmittags:*

Besprechung in größerem Rahmen über die Frage der Zuschüsse für die Landwirtschaft.

Es ist endgültig entschieden worden, daß die Zuschüsse weiter gezahlt werden müssen. Falls die Beträge in Bayern nicht verfügbar sind, müßten sie von der Militärregierung über die Reichsbank verschafft werden. Unklarheit besteht noch über die Höhe der benötigten Beträge. Die Schätzungen schwanken zwischen 250 und 400 Millionen.

Diskutiert wurde über die beste technische Durchführung. Die Zuschüsse für Roggen werden den Mühlen gegeben, für Fleisch den Metzgereien, für Milch den Erzeugern über die Molkereien, für Eier (Mehrablieferungsprämien) den Erzeugern über die Kennzeichnungsstellen.

Als bester Weg wurde schließlich festgelegt: Die Einträge der Empfangsberechtigten werden über das örtlich zuständige Ernährungsamt dem Landesernährungsamt zugeleitet, welches sie prüft und nach Richtigbefund an den Ministerpräsidenten weiterleitet. Dieser ist die letzte verantwortliche Instanz. Er weist das Finanzministerium an, die Zahlung zu leisten.

6. Juli 1945: Major Phillipps:

1.) Es wird ein Bericht über den Stand der Steuereingänge im Bezirk der beiden Oberfinanzpräsidien erwartet.

2.) Zwei Entwürfe wegen Haushaltsführung zur Prüfung überreicht.

3.) Die Frage der Verpflegung für die Zivilangestellten der Militärregierung, für die Vertrag mit einem Restaurant in der Nähe abgeschlossen wurde, besprochen. Es ist zu erwägen, ob sich die Bayerische Regierung in diese Frage einschalten soll.

4.) Die Frage der Bank- und Versicherungsaufsicht kurz besprochen. Die Absichten der Militärregierung gehen besonders hinsichtlich des Versicherungsmannes über die reine Aufsicht hinaus. Der Betreffende soll auch Vorschläge machen und Richtlinien ausarbeiten, die die Weiterarbeit des Versicherungsgewerbes erleichtern. Es handelt sich also mehr um einen speziellen Referenten für das Versicherungswesen.¹⁵⁵ Wegen der Banken¹⁵⁶ wurde auf die Gefahr hingewiesen, daß der Betreffende sofern die Aufsicht etwa wieder auf eine Reichsstelle übertragen würde, kaum in das lokale Bankgewerbe zurückkehren könne, da er zu tiefen Einblick in die Verhältnisse der konkurrierenden Banken bekommen habe.

5.) *In Anwesenheit des Property Control Officers:*

Bericht über den Stand des Wehrmachtseigentums in Nordbayern, Brief wegen Viag-Beteiligung an den Bayernwerken, Brief wegen Reichsbeauftragten für Holzbau und Liste der Reichsbeteiligungen in Bayern abgegeben.¹⁵⁷ Weitere Berichte sind sehr erwünscht. Evtl. Bericht über Südbayern von Wehrmachtsstellen beschaffen.

6.) Die Frage der Freimachung von Guthaben der OT für die Befriedigung der Ansprüche bayerischer Baufirmen mußte auf Grund ergangener Entscheidungen Vorgesetzter Stellen strikt verneint werden.¹⁵⁸

Col. Bromage:

¹⁵⁵Zum Fortgang vgl. Nr. 36.

¹⁵⁶Vgl. Schäffer an Lange, 10. 7. 1945, Phillipps und Shearer haben den Wunsch ausgesprochen, im StMF einen Mann für Banken- und einen für Versicherungsaufsicht zu berufen. Für Bankenaufsicht hat Lange Deckert in Aussicht genommen. Schäffer bestand nicht auf Einbindung der beiden Stellen in das StMF (StK 114524). – Dr. Otto Deckert, geb. 1887, mehrere Jahre im Reichsfinanzministerium, dann Landesfinanzamt Nürnberg, 1945 RegDir und Abteilungsleiter StMWi, zuständig für Banken- und Versicherungsaufsicht. Vgl. Nr. 9 TOP V.

¹⁵⁷Vgl. Nr. 43.

¹⁵⁸Schäffer an Staatsrat Müller, 6. 7. 1945, betr. Unterstellung von Finanzämtern unter örtliche Landräte, dies sei von der Militärregierung schon untersagt worden. Er bezog sich dabei auf eine Mitteilung von Phillipps vom 6.7. (StK 111676). Dieses Thema der Unterredung wird in der Aufzeichnung Kinkeldeys zum 6.7. nicht erwähnt.

- 1.) Liste der Adressen von drei Herren überreicht, die für Verwendung im Reich in Frage kämen.¹⁵⁹
- 2.) Brief wegen Ernennung Rattenhuber zum Staatsrat überreicht.¹⁶⁰
- 3.) Brief wegen Registrierung der Beamten der Ministerien überreicht und mit Public Safety besprochen. Die Karten sollen hier fertig gemacht werden, einschließlich der Fingerabdrücke, und mit einer Bestätigung des Herrn Ministerpräsidenten, daß er die Verantwortung für die Identität der betreffenden Personen übernimmt, bei der Militärregierung eingereicht werden. Dort werden sie dann gestempelt.

¹⁵⁹Vgl. Schäffer an Staatsminister a.D. Apelt, 4. 7. 1945, dankt ihm, sich für den Wiederaufbau zur Verfügung zu stellen. „Von Herren des Alliierten Hauptquartiers bin ich ersucht worden, eine Liste von Persönlichkeiten aufzustellen, die für eine neue Reichsverwaltung in Betracht kämen“; hat ihn auf die Liste gesetzt (NL Schäffer 63). Vgl. *Apelt* S. 263 f. Willibald *Apelt* (1877–1965), 1933 Prof. für öffentl. Recht Universität Leipzig, 1927–1929 Sächsischer Staatsminister des Innern, ab 1946 Prof. an der Universität München.

¹⁶⁰Rattenhuber wurde von Schäffer mit Einverständnis von RMG am 13. 7. 1945 unter Beibehaltung seiner bisherigen Dienstbezeichnung zum Staatsrat im StMWi ernannt (Kopie im NL Rattenhuber).